

DIE ZEIT

21/2005

Stadt der 1000 Gefeuerten

Entscheiden die Arbeitslosen die Wahl in Nordrhein-Westfalen? Nirgendwo sind die Probleme des wirtschaftlichen Wandels so sichtbar wie in der alten SPD-Hochburg Gelsenkirchen

Von Jutta Hoffritz

Seit Monaten werkeln Bauarbeiter in der Gelsenkirchener Vattmannstraße 12. Noch hängt das alte Schild »Arbeitsamt« über dem Tor, bald wird es der Leuchtschrift »Arbeitsagentur« weichen. Drinnen ist der Umbau schon fortgeschritten: Glastüren und helles Holz vertreiben den Behördencharme der Siebziger.

Aufheiterung tut Not. Mit einer Arbeitslosenquote von 25,5 Prozent hält Gelsenkirchen einen traurigen Rekord in Deutschlands Westen. Und selbst im Osten der Republik schaffen es nur sieben Orte, die Revierstadt mit noch höheren Quoten zu toppen. Gelsenkirchen, die Heimat von Tausenden Bergarbeitern und stolze Hochburg der Sozialdemokratie? Das war einmal.

Vor fünf Jahren, kurz vor der letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, schloss hier das letzte Bergwerk. Damals hieß der Ministerpräsident noch Wolfgang Clement. Er reiste im Land umher, um Medien-, High-Tech- und Gründerparks zu eröffnen. Damit schaffte es Clement noch einmal, die Wahl zu seinen Gunsten zu wenden – obwohl die Beschäftigung weiter sank. Nun wird in Nordrhein-Westfalen wieder gewählt. Und Clement kämpft noch immer gegen die Arbeitslosigkeit, nun als Wirtschaftsminister im Bund. Doch trotz einer Serie von Reformen, trotz HartzI bisIV, ist das Heer der Arbeitslosen weiter gewachsen – auch tief im Westen.

Mehr als eine Million Menschen haben in Nordrhein-Westfalen keinen Job. Ein Fünftel aller deutschen Arbeitslosen leben in dem Bundesland, in dem die SPD seit fast 40 Jahren regiert. Nach dem Machtwechsel in Kiel ist Düsseldorf die letzte rot-grüne Festung in den Ländern. So geht es am kommenden Sonntag nicht nur um die Macht an Rhein und Ruhr, es geht um das Schicksal der Bundesregierung. Die war 1998 ausgezogen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen – jetzt droht ihr ausgerechnet im Stammland die Quittung für anhaltende Erfolglosigkeit.



Wohnhaus in Gelsenkirchen-Bismarck
Foto: Andre Zelck für DIE ZEIT

In der Arbeitslosenhochburg Gelsenkirchen zeigen sich die Probleme sozialdemokratischer Politik besonders deutlich. Schon im vergangenen Jahr war die Stimmung alles andere als rosig. Inzwischen wuchs die Zahl der Arbeitslosen um ein Drittel auf 31000, hinzugekommen sind vor allem junge Menschen. Jeder Zweite von ihnen hat keine Ausbildung, jeder Dritte nicht einmal einen Schulabschluss. Um sie sorgt sich Anne-Katrin Bohle, die Chefin der Arbeitsagentur Gelsenkirchen, am meisten. Viele tun sich schon mit einem Besuch in der Agentur schwer. »Wenn's gut läuft, erscheinen zwei Drittel der Kandidaten zum ersten Termin, meist aber nur die Hälfte«, sagt Bohle. Verdenken kann man es ihnen nur bedingt: Die meisten sind erst durch die Hartz-Regelung Teil der Statistik. Früher hatten sie keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld und damit auch keinen Anlass zum Gang aufs Amt.

Für Bummelanten hat die Arbeitsagentur einen Extraservice

Anne-Katrin Bohle wirkt nicht wie jemand, der vor Härtefällen kapituliert. Von ihrer Art her erinnert die Juristin mit den kurz geschnittenen Haaren ein wenig an TV-Kommissarin Lena Odenthal, vielleicht hilft das ja auch beim Umgang mit Problemjugendlichen. Das Angebot der Arbeitsagentur reicht von der überbetrieblichen Ausbildung bis zum Training für die allgemeine Lebensbewältigung. Für Bummelanten hat Bohle einen Extraservice. »Denen telefonieren wir hinterher, bis wir sie beim Schlafittchen haben«, sagt die resolute Frau. Am Arbeitsmarkt kann die neue Agenturchefin bisher aber nur einen Anfängerfolg verbuchen: Als sie im Januar in Gelsenkirchen antrat, lag die Quote junger Arbeitsloser bei 32 Prozent, im April war sie immerhin vier Prozentpunkte niedriger.

Ob die »Aktivierungsmaßnahmen« der Arbeitsagentur die jungen Leute auf Dauer in Beschäftigung bringen, darf man allerdings bezweifeln. Auch Bewerber mit Ausbildung und Fachabitur haben es schwer



Schalcker Fan-Tristesse
Foto: Andre Zelck für DIE ZEIT

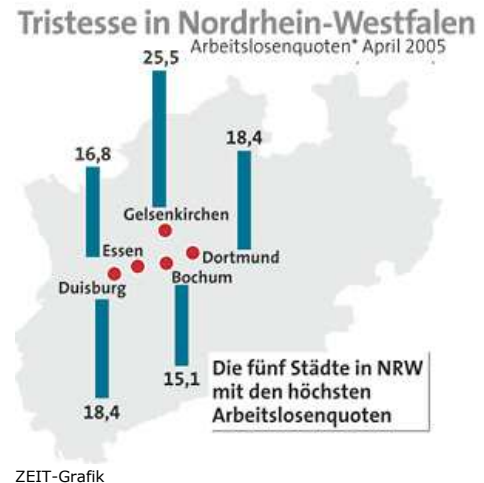
in Gelsenkirchen. Marco Barenberg zum Beispiel. Der 22-Jährige ist gelernter Mechatroniker. Er wartete Maschinen bei Nokia in der Bochumer Handy-Fertigung – bis der Konzern Stellen strich. Die Jungen mussten zuerst gehen.

Seit eineinhalb Jahren ist Barenberg auf der Suche, unterbrochen durch die Zeit beim Bund. »Wenn ich nicht bald was finde, suche ich deutschlandweit«, sagt er. Eigentlich sind Mechatroniker wie er hochbegehrt. Die Ausbildung – eine Mischung aus Mechaniker und Elektroniker – wurde erst vor wenigen Jahren geschaffen, auf ausdrücklichen Wunsch der Industrie. Doch in Gelsenkirchen gibt es kaum noch Industrie. Und immer mehr Hochqualifizierte gehen weg.

400 Stellen für 80000 arbeitslose Kumpel

Ganz Nordrhein-Westfalen schrumpft: Das bevölkerungsreichste Bundesland wird nach Schätzungen der Landesregierung in den kommenden 40 Jahren rund 1,2 Millionen Menschen verlieren. Zur allgemeinen demografischen Misere kommt die wirtschaftliche Malaise. So verlor Dortmund schon zwischen 1970 und 1990 fast neun Prozent seiner Bürger, Essen rund 16 Prozent, Gelsenkirchen sogar 19 Prozent.

»Stadt der 1000 Feuer« nannte sich Gelsenkirchen, früher, als hier noch die Kokereien glühten. *Stadt der 1000 Gefeuerten* machte eine Lokalzeitung daraus, sehr zum Ärger von Oberbürgermeister Frank Baranowski. »Eine solche Überschrift wirft uns bei der Wirtschaftsförderung um ein halbes Jahr zurück«, schimpft Baranowski. Die Politik, die seit geraumer Zeit versucht, mit der Solarbranche eine Zukunftsindustrie im Kohlerevier heimisch zu machen, setzt trotz ihres eigenen Slogans dagegen: »Stadt der 1000 Sonnen«.



Tatsächlich gibt es mit Shell und Scheuten Solar zwei Firmen, die hier Module für Sonnenkollektoren montieren. Scheuten Solar will das Geschäft sogar ausbauen. Gerade wurde der Grundstein für ein neues Werk in Gelsenkirchen gelegt – auf dem Gelände des ehemaligen Bergwerkes Consol. Ein Festtag für den SPD-Oberbürgermeister. »Ein äußerst positives Zeichen für Gelsenkirchen«, jubelt Baranowski. Die Solarindustrie, hofft er, gibt nicht nur Montanbranchen eine neue Zukunft, sondern auch den ehemaligen Mitarbeitern.

Klaus Drechsler ist einer, der den Zeitenwandel verkörpert. Vor 20 Jahren hat er im Bergbau gelernt und danach in verschiedenen Kokereien gearbeitet. Immer wenn eine den Betrieb einstellte, wechselte er zur nächsten – bis auch diese dichtmachte. Als dann schließlich die vierte schloss, die Kokerei Kaiserstuhl wurde zerlegt, in Kisten verpackt und nach China verschickt, begriff Drechsler, dass in Deutschland eine Epoche zu Ende geht. Auf der Abendschule machte er einen Abschluss als Anlagenelektroniker. Inzwischen arbeitet er seit fünf Jahren bei Shell Solar – und mit ihm tun dies ungefähr 20 andere ehemalige Kumpel.

Insgesamt beschäftigt Shell bei der Solartochter 60 Leute. Wettbewerber Scheuten Solar hat 90 Mitarbeiter in Gelsenkirchen, durch die neue Fabrik soll sich die Zahl verdoppeln. Rechnet man noch die Solarforscher der örtlichen Fachhochschule und des Fraunhofer-Instituts dazu, kommt man auf knapp 400 Stellen in der Sonnenindustrie von Gelsenkirchen.

400 Solarstellen. Kohle und Stahl gaben in der Revierstadt einst 80000 Menschen Arbeit. Sieht so ein gelungener Strukturwandel aus? Bürgermeister Baranowski ist die Frage unangenehm. »Die großen Investoren, die mit 2000 Arbeitsplätzen kommen oder mehr, die gibt es heutzutage nicht mehr, in keiner Industrie«, sagt er und hat es nach der Grundsteinlegung ziemlich eilig.

Karl Schulte-Uebbing ist kein Mann der Politik, er ist Vertreter der Wirtschaft in Gelsenkirchen. Seit 20 Jahren leitet er die örtliche Industrie- und Handelskammer. Das hat auch ihn Bescheidenheit gelehrt. Für Schulte-Uebbing gehört die Solarbranche ebenso zu den »bedeutenden Arbeitgebern Gelsenkirchens« wie die Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten mit 500 Stellen und der Schlauchhersteller Masterflex mit 110 Leuten.

Allerdings tut sich der Kammerchef leichter als Politiker, Versäumnisse beim Namen zu nennen. »Die anderen haben früher reagiert«, bekennt er. Weil der Bergbau nordwärts zog, sei Gelsenkirchen später mit der Kohlekrise konfrontiert worden als der Rest des Reviers. Bochum wurde Autostadt, Essen Handelsmetropole. Als dann Gelsenkirchen nach neuen Perspektiven suchte, waren die Claims schon aufgeteilt.

Lange blickten die Gelsenkirchener deshalb voller Neid auf die Nachbarn. Das hat nachgelassen. Bochum, Muster des Strukturwandels, seit 1962 ein Opel-Werk mit 20.000 Arbeitern den Betrieb aufnahm, hat inzwischen selbst Sorgen: Opel muss sparen, in zwei Jahren werden in Bochum wohl nur noch 7000 Autowerker am Band stehen. Und auch das Vorbild Essen hat an Glanz verloren, seit der Handelsriese Karstadt in die Krise geriet. Das alles potenziert das Leiden der SPD, traditionell stark in der Montanindustrie und bei den großen Konzernen in NRW.

Insgesamt waren zwischen Rhein und Ruhr einmal 600.000 Menschen in der Montanindustrie beschäftigt. Ohne Zukunft – das war schon vor Jahrzehnten klar, doch noch immer fehlen der Politik Alternativen. CDU-Kandidat Jürgen Rüttgers spricht im Wahlkampf von einem Potenzial einer Million neuer Stellen, das es gebe, unter anderem im Gesundheitsbereich. Dabei wird auch bei den Kranken längst gespart. »Früher war eine Umschulung zum Ergotherapeuten eine sichere Bank«, sagt Arbeitsmarktexpertin Bohle, »jetzt haben wir selbst da Vermittlungsprobleme.«

Die SPD hat die Phase der Illusionen, so scheint es, schon hinter sich. Bis 2005, so versprach Wolfgang Clement vor Jahren als Ministerpräsident, werde man die Arbeitslosigkeit in NRW »auf unter sechs Prozent bringen und die Jugendarbeitslosigkeit faktisch auf null«. Stattdessen liegt die Arbeitslosenquote landesweit bei zwölf Prozent und bei den unter 25-Jährigen bei elf statt null Prozent.

Clements Nachfolger will sicherheitshalber überhaupt keine Versprechen mehr machen. Ministerpräsident Peer Steinbrück sagt bei seinen Wahlauftritten klipp und klar, dass er keinen einzigen Arbeitsplatz schaffen könne. Ein Teil der Wähler mag das als besondere Ehrlichkeit honorieren. Doch wie groß der Unmut über die Arbeitsmarktbilanz der Landesregierung ist, zeigte sich am 1. Mai: Der Tag der Arbeit geriet zum Protesttermin gegen die Arbeitslosigkeit. Beim Auftritt in Gelsenkirchen wurde Steinbrück von Pfiffen und Zwischenrufen unterbrochen.

Die Sozialdemokratie verliert ihre traditionelle Wählerschaft. Vor sechs Jahren machten die Gelsenkirchener erstmals einen CDU-Mann zum Oberbürgermeister: Oliver Wittke. Zwar konnte im vergangenen Herbst dann Frank Baranowski das Rathaus für die SPD zurückerobern, aber das Ergebnis war knapp, die Opposition ist stark. Für die CDU sitzt heute zum Beispiel Klaus Herzmanatus im Gelsenkirchener Rat – letzter Betriebsratschef der letzten Zeche der Stadt und früher ein überzeugter Genosse.